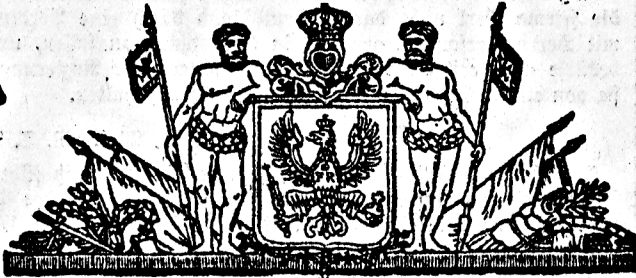


# Wossifische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin, Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11850 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postscheckkonto Berlin 666

## Die angelsächsische Weltpolitik.

Die Londoner Programmreden.

Unmittelbar vor dem Zusammentreten des Obersten Rates und der erneuten Teilnahme Amerikas an dessen Beratungen haben gestern in London der neuernannte amerikanische Botschafter und außenpolitische Vertrauensmann Hardings, Oberst Harvey, und der englische Ministerpräsident Lloyd George politische Reden gehalten, denen von der ganzen angelsächsischen Welt, diesseits und jenseits des Atlantischen Ozeans, sowie in den großen englischen Selbstverwaltungsgebieten mit Spannung entgegengeesehen wurde. Man erwartet von diesen führenden Persönlichkeiten zu hören, wie sie sich die Zusammenarbeit der beiden großen angelsächsischen Siegerstaaten bei einer Liquidation der Weltkriegsprobleme gedacht haben.

Die politisch geschulte Öffentlichkeit der beiden angelsächsischen Demokratien dürfte in diesen Erwartungen nicht getäuscht worden sein. Der Durchschnittsamerikaner, der dem Bestreben des Präsidenten Wilson, Amerika durch den Eintritt in den Völkerbund in alle möglichen großen und kleinen, wirtschaftlichen und politischen Konflikte fremder Erdteile zu verwickeln, ablehnend gegenüberstand und dies durch die Wahl von Präsident Harding mit dem Stimmzettel in der Hand zum Ausdruck brachte, wird zwei Erklärungen Harveys mit Genugtuung verzeichnet haben. Dieser erklärte rund heraus, Amerika werde sich in keinerlei Form an den Arbeiten des Völkerbundes beteiligen, und es sei nicht gesonnen, sich durch den Eintritt in den Obersten Rat in untergeordnete Fragen anderer Kontinente hineinverwickeln zu lassen. Andererseits wird die Feststellung des amerikanischen Diplomaten, daß Amerika die weltpolitische Bedeutung derjenigen Fragen erkenne, die zurzeit im Obersten Rate erörtert werden müssen (Oberschlesien, Yap, die Mandatsprobleme, die kleinasiatischen Petroleumfragen), in der amerikanischen Geschäftswelt, soweit sie an internationalen Beteiligungen interessiert ist, die günstigste Aufnahme finden.

Lloyd George spielte bei seiner Antwort auf die Harveysche Rede offenbar nicht nur auf die Ausführungen des Botschafters an diesem Abend, sondern auf seine Rede in Southampton an, in der Harvey in schärfster Form das geistige und politische Band der beiden großen angelsächsischen Völker hervorgehoben hatte. In herlichen Worten, die von den englischen Zuhörern demonstrativ unterstrichen wurden, hob Lloyd George die Bedeutung des amerikanischen Entschlusses hervor, aktiv im Obersten Rat bei der Lösung der großen europäischen Probleme mitzuwirken. Er betonte aber dabei die Bedeutung der moralischen Unterstützung, die die englische Diplomatie durch Geist und Ethos der amerikanischen Demokratie finden werde. Die englisch-französische Entente-Kordiale ist vor dem Kriege niemals in so warmen Worten von englischer Seite gewürdigt worden, wie das jetzt zum Ausdruck gebrachte enge Einverständnis mit den Vereinigten Staaten.

Das englisch-amerikanische Einverständnis gilt in erster Linie den großen weltpolitischen Fragen, unter denen die europäischen Konflikte nur einen Teilausschnitt darstellen. Im Vordergrund stehen: die Herrschaft im Pacific, die Verständigung über die Petroleumfrage, die handelspolitische Arbeitsteilung in Asien und Südamerika, sowie der Gegensatz der weißen und gelben Rasse, Entscheidungen, die in gemeinsamer, vermutlich langjähriger Arbeit zu treffen sind. Wenn man diese Proportionen berücksichtigt, wird man davor bewahrt bleiben, die gegenwärtige Konstellation im Obersten Rat übertrieben optimistisch zu beurteilen.

Es ist zweifellos richtig, daß die erwähnten Lebensfragen den angelsächsischen Völkern Veranlassung gibt, nach Lösungen europäischer Probleme zu suchen, die die Aussicht auf eine politische und wirtschaftliche Beruhigung unseres Kontinents bieten. Dabei können Einwirkungen zustande kommen, die insbesondere in der für Deutschland entscheidenden ober-schlesischen Frage von größter Bedeutung sein werden. Diese Einwirkungen würden aber nicht aus einer deutschfreundlichen Gesinnung der angelsächsischen Völker erfolgen, sondern werden von den eigenen Interessen dieser Länder bedingt. Diese Interessen sind zur Zeit zweifacher Art.

Amerika und England haben im gegenwärtigen Augenblick das übereinstimmende Interesse an einem Abbau aller militärischen Verpflichtungen, die aus dem Friedensvertrag hervorgehen, da angesichts der ungeheuren Steuerlasten, die diese Länder ihren Bürgern zwecks rascher Tilgung der Kriegsschulden auferlegt haben, jede überflüssig erscheinende Rüstungsausgabe zu erheblichen innerpolitischen Notständen führt. Englische Liberale und amerikanische Ersparnispolitiker sind sich in der Forderung einig, alle Befähigungskorps soweit wie möglich zurückzuführen, um den Heeresetat zu entlasten. Die englischen und amerikanischen Staatsmänner sind durchaus geneigt, ihren Oppositionen auf diesem Gebiet Konzessionen zu machen. Bevor aber diese Zugeständnisse verwirklicht werden können, müssen die leitenden Staatsmänner versuchen, die Ursachen der Befähigung: die strittigen europäischen und asiatischen Fragen möglichst rasch und mit Aussicht auf dauernden Erfolg zu lösen.

Die zweite angelsächsische Interessenreihe geht dahin, Europa so rasch wie möglich wieder produktionsfähig zu

machen, damit es wieder ein zahlungsfähiger und ins Gewicht fallender Konsument englischer und amerikanischer Rohstoffe werde. Wenn sie schon nicht vorher davon überzeugt waren, hat jedenfalls der Maiaufstand das seinige dazu getan, die wirtschaftlichen Sachmänner Englands und Amerikas davon zu überzeugen, daß eine polnische Herrschaft in Oberschlesien nur Chaos und Wertzerstörung bedeutet. Ein wirtschaftlich lebensfähiges Mitteleuropa, das im Kreislauf der Weltwirtschaft wieder als Produzent und Konsument nach Bevölkerungszahl und Produktionskraft für die Absatzbedürfnisse der angelsächsischen Rohstoffmärkte ausreichend zur Geltung kommt, ist ohne ein deutsches Oberschlesien undenkbar.

Die gestrigen Londoner Programmreden können einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Beruhigung der Welt bilden, wenn sie eine Lösung der ober-schlesischen Frage vorbereiten, wie sie Deutschland nicht nur in seinem eigenen Interesse, nicht nur gestützt auf seine Rechtsansprüche ethnischer und ethischer Art, sondern als unentbehrliche Voraussetzung jedes europäischen Wiederaufbaus vertritt.

W. H. E.

## Amerika im Obersten Rat.

### Reden Lloyd Georges und Harveys.

Drahtmeldung der „Wossifischen Zeitung“.

17 London, 20. Mai.

Unter dem Vorsitz des Herzogs von Connaught gab der Londoner Pilgrim-Club, der sich der Förderung der geistigen und politischen Beziehungen Englands zur Union annimmt, dem neuernannten amerikanischen Botschafter Oberst Harvey ein Begrüßungsdiner. Nachdem der Herzog von Connaught den Toast auf den Ehrengast ausgebracht hatte, hielten Harvey und Lloyd George zwei Reden, in denen die weltpolitischen Ziele ihrer Länder zum klaren Ausdruck kamen. Harveys Rede insbesondere ist als eine Botschaft der amerikanischen Regierung zunächst an das englische Volk, dann aber in weiterem Sinne auch an die ganze Entente aufzufassen.

Harvey leitete seine Rede mit der Bemerkung ein, daß die große Mehrheit, mit der Präsident Harding gewählt worden sei, es ihm ermögliche, zu sagen, daß er „im Namen des Volkes der Vereinigten Staaten“ spreche. „Wir sprechen nicht mit der gleichen Stimme wie unsere demokratischen Vorgänger zu Ihnen, aber wir sprechen im Geiste der größten Freundschaft zu Ihnen. Wir haben die Absicht, mit Ihnen zusammenzuarbeiten, aber nicht auf der Basis, die diese Vorgänger vorgeschlagen haben. Präsident Harding hat in dieser Richtung bereits wichtige Schritte getan. Erwarten Sie nicht von uns, daß wir dem „Völkerbund“ in irgendeiner Gestalt näher treten. Die Aufgabe, mit der mich Präsident Harding beauftragt hat, besteht nicht nur darin, die gegenwärtigen herzlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern aufrecht zu erhalten, sondern sie nach Möglichkeit zu verstärken.

Amerika ist nicht in den Krieg eingetreten, um England, Frankreich und Italien zu retten, sondern hat dies nur um seiner selbst willen getan. Wenn die amerikanische Regierung sich jetzt im Obersten Rat, in der Botschafterkonferenz und im Wiederherstellungsausschuß vertreten läßt, so ist dies ein Beweis dafür, daß sie die feierliche Verpflichtung erfüllen will, die sie früher eingegangen ist, nämlich mit den Alliierten in allen Fragen, die nicht ausschließlich die amerikanische Politik betreffen, in freundschaftlicher Weise zusammenzuwirken. Die amerikanische Politik geht aber dabei auf die Wiederherstellung des Weltfriedens hinaus.

Unter stürmischem Beifall der Anwesenden gab dann Oberst Harvey am Schluß seiner Rede die folgende Erklärung über die ober-schlesische Frage ab:

„Der Präsident fühlt sich, wie ich schon hervorhob, verpflichtet, mit den Völkern der Welt für den Frieden der Welt zusammenzuarbeiten, aber er würde der letzte sein, der sich in Dinge hineinzieht, die über ihn hinausgehen. Er wünscht, daß sein Land nichts angingen. Dabei steht er vollkommen ein, daß die Vereinigten Staaten das größte Interesse an der gerechten Beilegung der Streitfragen haben, die zur Zeit diskutiert werden und die Bedeutung für die ganze Welt haben, an deren Lösung er also auch mitzuwirken wünscht. In Uebereinstimmung mit dieser Politik werde ich von meiner Regierung beauftragt, im Obersten Rat an der Lösung der ober-schlesischen Frage teilzunehmen und dabei den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu vertreten.“

Diese Rede des Botschafters beantwortete Lloyd George in einer groß angelegten Rede, in der er einleitend hervorhob, daß die gute Absicht enger Zusammenarbeit zwischen Groß-Britannien und Amerika die sicherste Bürgschaft für den Weltfrieden sei.

„Wir freuen uns, daß Oberst Harvey die Vereinigten Staaten im Obersten Rat vertreten und der bevorstehenden Konferenz beizuwohnen wird. Er wird dann an der Arbeit der englischen Diplomatie teilnehmen können, die mit allen Kräften bemüht ist, die alten europäischen Konflikte zu regeln. In Mitteleuropa stehen alte Erbfeindschaften, die seit dem Friedensschlusse wieder zu vollem kräftigem Leben erwacht sind. Es ist schwer, inmitten all dieser alten Konflikte einen Weg zu finden. Für unsere eigene Sicherheit ist es aber wesentlich, die Nationen aus diesem Laby-

rinth des Hasses und der Zerfleischung herauszuführen. Der Beschluß der Vereinigten Staaten, einen Vertreter in den Obersten Rat zu entsenden und ihn an den Sitzungen teilnehmen zu lassen, sei von ungeheurer Bedeutung, denn es sei wesentlich für den Frieden der Welt, daß Amerika an der Regelung dieser Fragen mitwirke. Wenn dieser Krieg nicht der letzte Krieg ist, so wird der nächste Krieg Europa vollständig in Asche legen.

Wir sind begeistert, daß Amerika jetzt kommt. Nicht weil wir die Vereinigten Staaten in dieses Gezänk hineinziehen wollen, denn das würde diese Dinge nur schlimmer und gefährlicher machen. Wir brauchen Amerika, um uns herauszuhelfen. Wir appellieren an Amerika als einer Nation von hohen Idealen. Die Welt hängt jetzt mehr von einander ab, als jemals vorher. Was in der Handelswelt in den letzten paar Monaten geschehen ist, zeigt, daß nicht nur ein Volk Europas von dem anderen, sondern ein Kontinent von dem anderen abhängig ist. Deswegen begrüßen wir den Beschluß Amerikas, uns zu helfen. Dieser Beschluß erzeugt bei uns neue Hoffnungen.“

Die „Times“ bezeichnen den Beschluß der Vereinigten Staaten, sich im Obersten Rat bei einer Erörterung der ober-schlesischen Frage vertreten zu lassen, als eine kluge Entscheidung, die in England mit tiefer Befriedigung aufgenommen wurde. Das Blatt erklärt, ein Friede, der mit Recht und Gerechtigkeit vereinbart sei, sei die Hauptnotwendigkeit für die Völker. Die Erklärung Harveys über die Stellungnahme der Vereinigten Staaten zum Völkerbund werde in manchen Kreisen Frankreichs große Enttäuschung hervorrufen.

### Die Konferenz in Boulogne.

Drahtmeldungen der „Wossifischen Zeitung“.

17 London, 20. Mai.

Auf die Einladung der englischen Regierung haben jetzt die italienische und die französische Regierung zugesagt, demnächst an einer Sitzung des Obersten Rates teilzunehmen, um die ober-schlesische Frage zu erörtern. Die Mitteilung aus Rom und Paris ist gestern hier eingegangen. Das Datum dieser Konferenz ist aber noch nicht festgesetzt, da augenblicklich noch nicht abzusehen ist, wie viele Tage die Kammerdebatten in Paris dauern werden, und wann der französische Ministerpräsident abkömmlich ist. Es wird daher als sicher angesehen, daß die Zusammenkunft nicht vor Montag frühestens stattfinden kann. Graf Forza hat sich bereit erklärt, sofort zu erscheinen, hat aber seine Abreise noch nicht angetreten. Die Konferenz des Obersten Rates wird diesmal in Boulogne stattfinden.

### Die Durchführung der Entwaffnung.

Die ersten Forderungen erfüllt.

Berlin, 20. Mai. (W. T. S.)

Am 20. Mai mittags um 12 Uhr ist die erste Frist abgelaufen, die von der interalliierten Militärkommission in ihrer Note vom 12. Mai zur Ausführung des von Deutschland angenommenen Entwaffnungsultimatums gesetzt worden ist. Innerhalb dieser Frist hatte die deutsche Regierung die von der Kommission festgesetzten Höchstzuweisungen an Kriegsmaterial für das Heer und an Ausrüstungsmaterial für die Seebefestigungen anzuerkennen: sie hatte sich der von der Kommission aufgestellten Liste der zur Herstellung von Heeresgerät zugelassenen Fabriken zu unterwerfen; es waren ferner die Befehle über die Ablieferung der von der Kommission nicht zugestandenen Geschütze, Waffen und des Gerätes der Landfestungen sowie über die Abgabe der überschüssigen Bestände an Ausrüstungsmaterial für die Küstenbefestigungen zu erlassen und der Kommission mitzuteilen; es waren endlich Maßnahmen zu treffen, um die Freiheit der von der Kommission ausübenden Kontrolle sicherzustellen und die zu diesem Zweck getroffenen Anweisungen zur Kenntnis der Kommission zu bringen.

Die geforderten Erklärungen sind sämtlich vor Ablauf der Frist vom Auswärtigen Amte im Namen der Reichsregierung vorbehaltlos abgegeben;